Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 23. Febr. 1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Wilhelm III.

Der Bürgerbräu-Putschist als Präsidentschafts-Kandidat.

SPD. Als Hitler den berühmten Schuss in die Decke des Bürgerbräukellersaales in München abfeuerte, der den separaten Putsch im November 1923 einleitete, wollte er Herrn v. Kahr den "Absprung" sichern. Er wollte die vollendete Tatsache schaffen, vor der Kahr nicht mehr zurückkonnte, und er wollte selbstverständlich mit dieser Erzwingung des Absprungs das Uebergewicht über seinen Partner Herrn v. Kahr gewinnen.

Hitler, die Verkörperung des Führer-Prinzips in der NSDAP, hat sich in der letzten Zeit in der Frage der Präsidentschafts-Kandidatur gedreht und gewunden, während die ihn umgebenden Reichsführer der Partei ihn in die Kandidatur hineinzuschieben und zu drängen suchten. Bis schliesslich Nazi-Goebbels die Rolle Hitlers im Bürgerbräukeller gespielt hat und Hitler den Absprung erleichterte, indem er ihn am Montag - Abend kurzerhand im Berliner Sportpalas als Präsidentschaftskandidaten der NSDAP proklamierte. Es hat zur Erleichterung des Absprunges Hitlers diesmal keines Revolverschusses bedurft. Aber der Absprung ist nun mal erfolgt und es gibt für Hitler jetzt kein Zurück mehr.

Selbst die Sache mit der mangelnden deutschen Staatsangehörigkeit hat ihm seine Umgebung nach der Schiebungsmethode Patent Frick aus dem Wege geschafft. Der braunschweigische Nazi-Minister Klagges hat Hitler zum Professor der politischen Pädagogik an der Technischen Hochschule in Braunschweig ernannt, und damit der Schiebungs-Charakter dieser Ernennung etwas stärker kaschiert werde als seinerzeit die Sache mit dem Gendarmerieposten in Hildburghausen, soll Hitler alsbald seine Antrittsvorstellung in Braunschweig über politische Pädagogik halten. Vielleicht belehrt er seine Hörer, wie man den Absprung für zaudernde Revolutionäre besorgt oder wie man als Politiker mit Reichsgerichtssenaten und Reichswehrgeneralen umzugehen hat. Vielleicht liest er auch Kollegs über die Technik politischer Propheten. Er wird mit einer Renommier-Vorlesung doch nicht den wirklichen Beamten-Charakter erhalten, und aus der Schiebung wird auch mit solchen Mitteln noch nicht ein legaler Regierungsakt. So erscheint der Präsidentschaftskandidat der NSDAP auf der politischen Bühne, in jeder Hinsicht geschoben! Geschoben in die deutsche Staatsbürgerschaft und geschoben in die Kandidatur zur Reichspräsidentschaft!!

Aber geschoben oder nicht geschoben, jetzt ist mit Hitler als Präsidentschaftskandidat zu rechnen. Zunächst wird die Partei Hitlers nach seiner Aufstellung verzweifelt um den Sieg kämpfen, so wie eine putschistische Partei alles auf eine Karte setzt. "Jetzt oder nie", das ist die Parole, die ihre Führer offen aussprechen. Ihre Hoffnung ist, dass in einem Plebiszit viel stärkere Chancen sind, als in allgemeinen politischen Parlamentswahlen, die Massen dann zu entfesseln und die politische Ueberlegung auszuschalten. Sie wollen den Putsch durch das Plebiszit; sie wollen das Plebiszit für Hitler, um es als Rechtsgrundlage für kommende Gewaltakte gegendie Verfassung und die Verfassungsanhänger vorweisen zu können. Sie wollen aus einer legalen

Wahlentscheidung im Rahmen der Verfassung eine revolutionäre Entscheidung machen, bei der die Verfassung aufgehoben ist. Mit einem Worte, diese Wahl wird der verzweifelte, entscheidende Ansturm des Faschismus.

Hitlers Kandidatur schafft eine absolut klare Front. Es geht nicht um die Frage, ob die Partei des Faschismus allmählich in die Regierungsgewalt und damit auch in die Verfassung hineingezogen wird, wie die Partisanen des Faschismus im rechtsbürgerlichen Lagerglauben machen wollten. Es geht vielmehr um die grundsätzliche Entscheidung zwischen Demokratie und Faschismus. Damit aber ist es zu Ende mit der legalen Tarnung der Staatsstreichgelüste von Hitler. Sie liegen jetzt offen zu Tage. Darum ist diese Kandidatur für Hitler selbst ausserordentlich ernst: denn seine Niederlage wird von grosser und weittragender Bedeutung sein! Von politischer Bedeutung wie von persönlicher Bedeutung für ihn selbst.

Man weiss nicht, welche praktischen Vorstellungen sich der Präsidentschaftskandidat des Faschismus von seiner eigenen Rolle und seinen Aussichten macht. Dass sein Urteil von einem beträchtlichen Teil von Grössenwahn beeinflusst wird, hat sich in der letzten Zeit mehr als einmal gezeigt. So als er in einer Massenversammlung geheimnisvoll andeutete, eine grosse Partei werde "vor Begeisterung aufschreien", wenn er den Namen des Präsidentschafts-Kandidaten bekanntgeben werde. Man hat hin und her geraten, auf wen diese Worte abgezielt sein sollten, und man ist bei diesem Raten selbst auf Wilhelm II. verfallen. Aber alle diese Kombinationen gingen in die Irre. Er hat nicht Wilhelm II. gemeint, sondern Wilhelm III. Er hat sich selbst gemeint, den ein Essayist "Wilhelm III" genannt hat, so erfüllt von Grössenwahn, ohne jedes politische Augenmass, ohne Hemmungen, ohne Sinn für politische Realitäten, wie Wilhelm II. Die Grösse seiner Eitelkeit übertrifft selbst noch die Grösse der Mäuler seiner Propagandisten.

So wird sich der Herr Reichspräsidentschaftskandidat drei Wochen lang an den Propaganda-Phrasen der Goebbels & Co. über sich selbst berauschen. Aber wie wird das Erwachen aus dem Rausch für ihn und seine Partei sein? Man muss einmal einige Zahlen nennen, um die Renommage der grossmäuligen Hitler-Propagandisten in ihrem Verhältnis zur Wirklichkeit zu zeigen. Am 14.September 1930 erhielten die Parteien, die heute die Kandidatur Hindenburg unterstützen, zusammen 21,5 Millionen Stimmen. Nationalsozialisten und Deutschnationale, also die Parteien, Gruppen und Verbände, die heute Hitler und Duesterberg zusammen kandidieren, erhielten damals zusammen 8,8 Millionen Stimmen. Zählt man dazu noch die kommunistischen Stimmen, so ergeben sich immer erst 13,5 Millionen Stimmen gegen 21,5 Millionen.

Den Faschismus zu werfen, Nazi-Hitler die wohlverdiente Niederlage zu bereiten, das ist nun die Aufgabe. Dass Hitler selbst in die Arena gestiegen ist, wird das Gewicht der Entscheidung vergrössern: nicht nur seine Partei, er selbst wird es sein, der unterliegt und die Kosten der Niederlage zu tragen hat!

SPD. Memel, 23.Februar (Eig.Drahtb)

Der von Litauen widerrechtlich seines Amtes enthobene Präsident des Memeler Direktoriums Böttcher richtete an den Gouverneur von Memel folgendes Schreiben :

"Die Verhandlungen des Völkerbundsrats haben ergeben, dass es noch Monate dauern kann, bis eine Entscheidung darüber fällt, ob der Gouverneur das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums abzuberufen oder nicht. Es liegt im Interesse des Memelgebiets, dass möglichst bald wieder eindem Statut entsprechendes Direktorium in Tätigkeit tritt. Um mit meiner Person kein Hindernis für etwaige Verhandlungen der Mehrheitsparteien über ein neues Direktorium zu bilden, erkläre ich, dass ich mein Amt als Präsident des Direktoriums hiermit niederlege."

SPD. Darmstadt, 23. Febr. (Eig.Drahtb.

Der hessische Nazi-Abgeordnete und Gauleiter Lenz erklärte am Montag-Abend in einer Nazi-Versammlung, dass die NSDAP für den Fall eines Sieges bei der Reichspräsidentenwahl mit Notverordnungen regieren und nicht lange fragen würde, was möglich oder unmöglich sei. Auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung werde auch die Reichsexekutive gegen die Länder einschreiten.

SPD. Der Nazi-Abgeordnete Dr. Goebbels hat die Sozialdemokratie am Dienstag als "Partei der Deserteure" beschimpft. Wir haben nicht die Absicht, uns mit diesem Herrn und seiner Partei in einer Auseinandersetzung über nationale Gesinnung einzulassen. Wir wollen lediglich einige Feststellungen treffen:

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags zählt 136 Mitglieder. Rechnet man die 18 weiblichen Abgeordneten ab, so bleiben noch 118 Männer. Von diesen 118 sozialdemokratischen Abgeordneten konnten 32 während des Krieges nicht eingezogen werden, weil sie entweder nicht mehr das wehrfähige Alter hatten oder mit körperlichen Gebrechen behaftet waren. Es bleiben also 86 sozialdemokratische Abgeordnete, die den Weltkrieg aktiv mitgemacht haben. Anders ausgedrückt bedeutet das, dass 73 Prozent der männlichen Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion oder beinahe drei Viertel ihre militärische Pflicht während des Kriegs erfüllt haben. Sie taten das ohne Rücksichtnahme auf ihre persönliche Einstellung zum Krieg, auf seine Ursachen, seinen Verlauf und ihre Haltung zur damaligen Regierung.

Wie aber sieht es in der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion aus? Unter ihren 107 Abgeordneten gibt es 30, die überhaupt keine Front gesehen haben, die sich während des Weltkrieges in der Etappe herumtrieben oder noch die Schulbank gedrückt haben. Unter diesen Leuten, die die Frontsoldaten als Drückeberger oder Etappenschweine bezeichneten, sehen wir auf Herrn Dr. Goebbels, der bei Beginn des Kriegs 17 Jahre alt war. Während seine Mitschüler sich freiwillig zur Front meldeten, verschaffte ihm ein Fussleiden die erwünschte Gelegenheit, sichselbst vom Kriegsdienst in der Etappe zu drücken. Heute springt er wie ein Wiesel die Treppe zur Reichstagstribüne hinauf, um von dieser Stelle aus die Sozialdemokratie als "Partei der Deserteure" zu beschimpfen.

Von den übrigen nationalsozialistischen Abgeordneten haben viele den Krieg als aktive Offiziere mitgemacht. Für sie war also der Krieg nicht wie für die zivile Bevölkerung ein Opfer, sondern ein Beruf, ein Handwerk. Es bleiben unter den 107 nationalsozialistischen Abgeordneten ganze 39 Mann, die als wirkliche Frontsoldaten angesprochen werden können. Das sind 37 Prozent, oder etwas mehr als ein Drittel der Gesamtfraktion.

Das sind die Helden vom Hakenkreuz: Sie sind Verleumder und Ehrabschneider!

SPD. Hamburg, 23.Februar (Eig.Drahtb.)

Im Gross-Hamburger Bezirk waren bis Montag über 100 000 Eintragungen in die Eisernen Bücher zu verzeichnen. In Altona zeichneten sich allein 22 000 Personen ein.

Der Altonaer Polizeipräsident hat in der Nähe des Altonaer Hauptbahnhofs eine Schankwirtschaft, aus der in letzter Zeit wiederholt Ueberfälle von Nationalsozialisten ausgeführt wurden, für 14 Tage schliessen lassen.

SPD. Köln, 23.Februar (Eig.Drahtb.)

Im Küchel-Rothmann-Prozess beantragte der Staatsanwalt am Dienstag gegen den Angeklagten Kurt Meyer 2½ Jahre Gefängnis und gegen Fritz Meyer eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft soll auf die Strafe angerechnet werden. Der Staatsanwalt betrachtet den Angeklagten Kurt Meyer des mehrfachen Wechselbetruges an Banken, Konzernen und Lieferfirmen und den Angeklagten Fritz Meyer in zwei Fällen des Scheckbetruges überführt. Das Urteil ist am Freitag zu erwarten.

SPD. In Berlin wird die angeordnete Bierpreisermässigung bis auf weiteres nicht durchgeführt. Der Berliner Polizeipräsident teilt dazu mit:

"Auf Grund der dem Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten von Berlin erteilten Ermächtigungen wird im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Härten und im Hinblick auf die schwebenden Erörterungen wegen Senkung der Biersteuer für den Bezirk der Polizeiverwaltung Berlin von der Durchführung der bisher festgesetzten Bierpreissenkung vorläufig Abstand genommen."

SPD. Paris, 23.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Regierung Tardieu stellte sich am Dienstag-Nachmittag dem Parlament vor. In der Kammer verlas der Ministerpräsident die Regierungserklärung. Als er die Tribüne bestieg, wurde er von der Rechten und der Mitte mit starkem Beifall, von der Linken mit Protestrufen empfangen.

Das Regierungsprogramm ist in sehr vagen Ausdrücken abgefasst. Inbezug auf die Aussenpolitik erklärt sich die Regierung Tardieu mit der Politik des Kabinetts Laval solidarisch. (Beifall rechts.) Was die Regelung der Reparationzahlungen anbetrifft, so lasse sich die französische These, wie es in der Erklärung heisst, in dem Begriff "Vertrag" zusammenfassen, der freiwillige Verhandlungen ausschliesse. (Beifall rechts) Auf dem Gebiet der Abrüstung verteidigt die Regierung den in Genf eingebrachten französischen Vorschlag, "der bisher der einzige sei, der den Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission konform und sofort durchführbar sei". Die Annahme des französischen Vorschlags würde ohne Aufschub eine bedeutende Herabsetzung der Militärausgaben möglich machen.

Die Erklärung geht dann auf die kürzlich zwischen London und Paris abgeschlossene Vereinbarung über die Lausanner Konferenz ein, "über die sich ganz Frankreich gefreut hat". Frankreich wünsche, so heisst es weiter, eine allgemeine Verständigung mit England. Da beide Länder den Frieden auf der Grundlage des Rechtes wünschen, stellten sie, wenn sie einig seien, die beste Bürgschaft für den Frieden und das Recht dar. (Beifall rechts.) Frankreich werde weiterhin vermittels seiner traditionellen Freundschaft und seiner vertraulichen Beziehungen mit europäischen und aussereuropäischen Ländern der Sache des Friedens dienen. Die Völker, die in dem Frankreich auferlegten Kriege seine Gegner gewesen seien, wüssten, dass sie bei Frankreich auf eine loyale und edelmütige Haltung rechnen könnten, die mit der notwendigen Gegenseitigkeit eine Annäherung der Interessen und Ideen gestatte. Die Regierung Laval habe eine glückliche Initiative in dieser Richtung ergriffen, indem sie die deutsch-französische Wirtschaftskommission geschaffen habe, deren Arbeiten mit Erfolg fortgeführt würden.

Auf die Innenpolitik übergehend erklärte Tardieu, die Regierung wolle sich nicht in den Kampf der Parteien einmischen. Sie müsse aber verhindern, dass dieser Kampf den Interessen des Landes schade. (Beifall rechts und in der Mitte, Proteste links. Ein Sozialist ruft Tardieu zu: "Fauler Witz!") Das Budget müsse vor den Wahlen verabschiedet werden. Die Festsetzung des

Wahldatums sei in den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen ein Vorrecht der Regierung. Dieses Vorrecht werde voll Unparteilichkeit und mit der Sorge, den öffentlichen Interessen zu dienen, ausgeübt werden. (Beifall rechts, Unterbrechungen links.) Die leidenschaftliche Debatte über die Änderung des Wahlrechts verlange eine Einigung zwischen Kammer und Senat. Die Regierung wolle sich in diese Frage nicht einmischen, aber sie wünsche eine Beruhigung der Atmosphäre. (Sehr gut und Lachen links.)

Tardieu gent dann kurz auf die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit ein und erwähnt die Verkleinerung des Kabinetts und die Zusammenlegung verschiedener Ministerien. Die Regierung hoffe, durch diese Vereinfachung die Autorität des Staates zu verstärken und in der öffentlichen Verwaltung eine bessere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die Schaffung des Ministeriums der Landesverteidigung entspreche in diesem Sinne der Logik, den Notwendigkeiten einer sorgfältigen Organisation des Oberbefehls und einer rationellen Verwendung der öffentlichen Gelder. (Lachen links, Beifall rechts.)

Am Schluss der Regierungserklärung fordert die Regierung das Parlament auf, ihr Vertrauen zu schenken, um die politische Atmosphäre zu verbessern. Die letzten Worte wurden von einem heftigen Lärm der Linken begleitet, während die Rechte Beifall klatschte.

Anschliessend verlas der Präsident die Interpellationen und stellte an die Regierung die Frage, welches Datum sie für ihre Besprechung vorschlage. Der Ministerpräsident erklärte sich mit der sofortigen Beratung der elf Interpellationen bereit, die sich auf die Zusammensetzung und die allgemeine Politik der Regierung beziehen.

Als erster Interpellant erhielt der Kommunist Cachin das Wort, dem der Führer der der Internationale nicht angeschlossenen Gruppe der französischen Sozialisten, Chabrun, folgte. Chabrun kritisierte die Art und Weise, in der die Kabinettskrise gelöst worden ist und wandte sich dann gegen die Politik der Regierung in Genf. Er erinnerte an die Ausführungen Paul Faures während der Budgetdebatte, wonach die französische Rüstungsindustrie jährlich einen Reingewinn von 800 Millionen Francs einstecke und sagte, dies erkläre die zögernde Haltung der französischen Regierung in dem chinesisch-japanischen Konflikt. (Grosser Beifall links.) Tardieu werde im Aussenministerium nicht die notwendige Handlungsfreiheit haben, denn er werde unter dem Einfluss der Geld- und Wirtschaftsmächte stehen.

Der Sozialist Renaudel kritisierte das Eingreifen des Präsidenten der Republik in die Verhandlungen über die Beilegung der Kabinettskrise und erklärte, das Kabinett Tardieu sei ebenso rechts wie das Kabinett Laval. An den neuen Innenminister Mahieu richtete er die Frage, ob er vor der Uebernahme seines Amtes seine Posten als Aufsichtsratsmitglied von zwei chemischen und einer Elektrizitätsfirma niedergelegt habe. (Beifall links.) Der Redner ging weiter auf den französischen Abrüstungsvorschlag ein, der nach seiner Ansicht nur dazu bestimmt sei, angesichts der Wahlen den einfachen Bürger zu verblüffen. Es wäre besser gewesen, zunächst die moralische Autorität des Völkerbundes zu stärken.

Renaudel wandte sich schliesslich gegen die übereilte Zusammenlegung des Kriegs-, Marine- und Luftministeriums und erklärte, sie werde nur Unordnung und Desorganisation in diesen drei Ministerien verursachen. Inbezug auf die Wahlreform erklärte er, dass diese auf der neuen Regierung noch mehr lasten werde wie auf der Regierung Laval. "Wenn wir uns - so schloss er unter grossem Beifall der Linken - einem republikanischen Parlament gegenüber befinden würden, das sich seiner Handlungen bewusst ist, so würde die Regierung Tardieu dasselbe Schicksal erleiden, wie das vorige Kabinett Tardieu im Senat".

SPD. Braunschweig, 23.Febr. (Eig.Dr.)

Die Schiebung mit dem Staatenlosen Hitler zum braunschweigischen Beamten und damit zum Staatsbürger ist perfekt.

Der sozialdemokratische "Volksfreund" zerstört das Geheimnis um Hitlers Einbürgerung. Er hat aus parlamentarischen Kreisen erfahren, dass schon in den nächsten Tagen der nationalsozialistische Innen- und Kultusminister Klagges zurücktreten werde, Nachfolger soll dann Adolf Hitler werden. Die bürgerlichen Koalitionsparteien sollen in wochenlangen Beratungen dahin bearbeitet worden sein, dass sie sich aus Angst vor Neuwahlen mit einer solchen Ministerschiebung abfinden. Die Nazis haben sich alle Wege zur Erschleichung der Staatsbürgerschaft für Hitler überlegt: als Professor müsste er, um die Scheineinbürgerung zu vermeiden, Vorlesungen halten und längere Zeit amtieren, als Reichsratsbevollmächtigter würde er am Widerstand anderer Länder scheitern und ein Einbürgerungsantrag würde bei nur einer Stimme Opposition im Reichsrat abgelehnt werden können. Infolgedessen sind die Nazis auf den Ausweg gekommen, Hitler zum Minister zu machen. Damit wäre er automatisch Braunschweiger Staatsbeamter und eingebürgert.

Die nächste Landtagssitzung am 2.März dürfte sich wahrscheinlich schon mit der Wahl des Nachfolgers Klagges, der wieder in sein früheres Amt als Regierungsrat im Kultusministerium zurücktritt, beschäftigen. Durch den Ausschluss der zwei KPD-Abgeordneten auf acht Sitzungen besitzt die Regierungskoalition zwar für die Wahl Hitlers eine Mehrheit. Wenn jedoch die beiden ausgeschlossenen KPD-Abgeordneten ihr Mandat niederlegen und ihre Nachfolger zur Stelle sind, kann bei einer Stimmengleichheit von 20:2/ die Ministerschiebung Hitlers immer noch vereitelt werden, vorausgesetzt, dass der Jungdeutsche Schrader in der Opposition bleibt.

SPD. London, 23.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Japaner haben, wie aus ihrer Absicht, die Streitkräfte vor Schanghai zu verdoppeln, klar hervorgeht, die Widerstandskraft der Chinesen unterschätzt. Die japanische Offensive wurde am Dienstag abgestoppt mit der offiziellen Begründung, dass man das Eintreffen von Verstärkungen aus Japan erwarte und unnötige Verluste vermeiden wolle. Im Laufe des Tages hatten die Japaner zwei grosse Angriffe gegen die chinesischen Linien versucht; sie wurden beide Male zurückgeschlagen. Dann trat ein allmähliches Abflauen des Kampfes ein, und schliesslich beschränkten sich die Japaner darauf, dem Feinde durch Bombenflugzeuge möglichst grossen Schaden zuzufügen. Die Zahl der Toten auf beiden Seiten wird nach chinesischen Angaben auf 5 000 geschätzt. -

Die Hoffnung auf eine Wendung des Krieges ohne weitere Kämpfe ist durch die Pause, die bis zum Eintreffen der japanischen Truppen vergehen muss, erneut aufgelebt. In London wird sie gestärkt durch die Abreise des Aussenministers Sir John Simon nach Genf.

SPD. Amsterdam, 23.Februar (Eig.Dr.)

Der Stab der niederländischen Marine hat im Zusammenhang mit dem Konflikt in China die fällige Ablösung der Marinemannschaften zurückgehalten, um über möglichst viel Personal und Material in Niederländisch-Indien zu verfügen und auf alle Möglichkeiten vorbereitet zu sein.

SPD. Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtags beriet am Dienstag den kommunistischen Amnestieantrag. Dieser, ein rein demagogisches Machwerk, verlangt völlige Straffreiheit für "alle im Interesse der Arbeiterklasse begangenen Gesetzesverletzungen", und zwar im besonderen für alle Handlungen aus politischen Beweggründen, aus wirtschaftlicher Notlage, für alle Meutereien in Strafanstalten usw. usw., ausserdem noch für alle Handlungen, die mit den sogenannten "in mittelbaren oder unmittelbarem Zusammenhang" stehen. Aus der Begründung des Kommunisten Obuch ging hervor, dass dieser Antrag im Grunde nur Straffreiheit für verurteilte Kommunisten bezweckt.

Für die Sozialdemokratie erklärte Abg. Kuttner: Der Antrag richtet sich, wenn man ihn wörtlich nimmt, gegen die Kommunisten; denn ihre Handlungen sind ja nicht im Interesse der Arbeiterklasse begangen, sondern laufen dem Interesse der Arbeiterklasse direkt zuwider, wie die Spaltung der Gewerkschaften und die Zerstörung der Konsumvereine beweisen. Im übrigen gibt es keine Garantie dafür, dass nicht die Gerichte die Worte "Im Interesse der Arbeiterklasse begangene Gesetzesverletzungen" auf die Nationalsozialisten oder sonstige Reaktionäre anwenden. Die ungeheure Zahl der politischen Gewalttaten macht zurzeit jede Amnestie unmöglich. Sicherlich würden nicht halb so viele politische Morde vorkommen, wenn nicht die Täter darauf spekulierten, dass ihnen die Gegenseitigkeitsversicherung Kozi-Nazi Amnestie verschaffen würde. Im übrigen verkennt die Sozialdemokratie nicht die Härten der Notverordnungen. Aber hier kann nur im Einzelfalle Abhilfe geschaffen werden. Deswegen hat die Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht, der das Ministerium ersucht, im Wege der Einzelbegnadigung besondere Härten auszugleichen, die sich aus der Anwendung der neuen Strafbestimmungen ergeben. Hierbei sollen insbesondere die Fälle wohlwollend behandelt werden, in denen die Tater zum Schutze der Republi zum Schutze ihrer staatsbürgerlichen Rechte, zum Schutze von Leib und Leben oder zum Schutze ihres oder ihrer Organisationen Eigentum das zulässige Maas überschritten haben.

In der weiteren Diskussion sprachen sich die Vertreter aller bürgerlichen Parteien angesichts der ungeheuren Zunahme der Gewalttätigkeiten gegen eine Amnestie aus. Der sozialdemokratische Abgeordnete Gehrmann erinnerte daran, wie die Kommunisten die Arbeiter geradezu in strafbare Handlungen hineingehetzt haben, wie beim russischen Seemannsstreik. Die Ueberfälle auf organisierte Arbeiter, die sich nach den Bestimmungen der Gewerkschaften richten, durch Anhänger der RGO seien ganz gewiss nicht als Taten zu bezeichnen, die im Interesse der Arbeiterklasse begangen sind. - Ein Vertreter des Justizministeriums gab die Erklärung ab, dass für die Staatsregierung eine Amnestie jetzt nicht in Frage käme. Im übrigen sei das Justizministerium bereits jetzt bestrebt, im Sinne des sozialdemokratischen Antrags Härten im Wege der Einzelbegnadigungen auszugleichen.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten.

SPD. Wie ein notleidender Agrarier aussieht, das konnte man am Dienstag im Rechtsausschuss des Preussischen Landtags erfahren, als der sozialdemokratische Urantrag beraten wurde, der sich mit den Betrügereien bei der Pommerschen Hauptgenossenschaft beschäftigt. Diese brave Genossenschaft hat sich fünf Jahre hindurch durch Schiebungen und im wahrsten Sinne "doppelte" Buchführung Einfuhrscheine vom Staat erschlichen und die Staatskasse um mindestens eine Million Mark geschädigt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Kuttner zeichnete in seinem Bericht von dem Hauptangeklagten und leitenden Direktor Hagemann folgendes Portrait: Sein Gehalt beträgt angeblich "nur" 18 000 Mark im Jahr. Dazu aber kommen:

5 000 Mark Aufwandsentschädigung, zwei Gratifikationen von je einem Monatsgehalt im Gesamtbetrag von 3 000 Mark, freie Wohnung im Wert von ca. 3 000 Mark, Extraentschädigung für die Tätigkeit bei der Schälmühle (wo die Betrügereien vorgenommen wurden) 6 000 Mark und eine Abschlussvergütung von 20 000 Mark. In Wirklichkeit hat also dieser Herr auf Kosten der ländlichen Genossenschaften ein Jahreseinkommen von 55 000 Mark bezogen. Selbstverständlich hat er es nicht versteuert! Sondern im Wege der Unterwerfung hat er am 20.September 1930 wegen Hinterziehung von Einkommenssteuer eine Geldstrafe von 100 000 Mark zahlen müssen. Dieser selbe Direktor hat von 56 erschlichenen Einfuhrscheinen 46 persönlich unterschrieben. An dem Ertrag der Schwindeleien war er finanziell interessiert! Den Buchhalter, der wegen der falschen Buchungen Gewissensbedenken hatte und dem Direktor Mitteilung machen wollte, hat Direktor Hagemann nicht vorgelassen. Der Staatsanwalt hat gegen Hagemann seinerzeit 4,5 Millionen Mark Geldstrafe und sechs Monate Gefängnis beantragt, aber das Gericht hat nur auf 60 000 Mark Geldstrafe erkannt.

Hierzu erklärte ein Vertreter des Justizministeriums, dass Hagemann nur wegen "fahrlässiger" Steuerhinterziehung verurteilt worden ist. Die Staatsanwaltschaft hat das Urteil mit Revision angefochten.

Auf eine weitere Anfrage des Berichterstatters wegender Beteiligung der Pommerschen Genossenschaften an der zusammengebrochenen "Pommerschen Reichspost" erklärte Direktor Posselt von der Preussenkasse, dass jetzt im Wege der Kreditkontrolle darauf geachtet wird, dass solche Genossenschaften, die sich statutenwidrig politisch betätigen, keinerlei Staatsgeld mehr erhalten.

Der Ausschuss erklärte auf Grund dieser Regierungserklärungen den vorliegenden Antrag für erledigt.

SPD. Genf, 23.Februar (Eig.Drahtb.)

Das Arbeitsprogramm der Abrüstungskonferenz ist durch die Entscheidungen der Allgemeinen Kommission zum ersten Male etwas deutlicher sichtbar geworden. Es wird zunächst nicht, wie vielfach vermutet worden war, eine monatelange Unterbrechung der Konferenz eintreten, sondern nur eine 14tägige Osterpause vom 19.März bis 3.April. Die in der Generaldebatte vorgebrachten Abrüstungsvorschläge werden der Allgemeinen Kommission überwiesen, die sie sichten und zusammenstellen soll. Man rechnet damit, dass diese Arbeit bis Ostern beendet ist.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Mob im Reichstag.

Goebbels nennt Hindenburg den Kandidaten der Deserteure.

SPD. Berlin, 23.Februar (Eig.Bericht).

Nach fast halbjähriger Pause tritt die Vollversammlung des Reichstags wieder zusammen. Die Sensation vor dem Hause ist nicht gross. Kaum einige hundert Neugierige sind da.

Die Sitzung beginnt mit einem kommunistischen Protest gegen polizeiliche Absperrungen vor dem Gebäude. Der Einspruch ist natürlich nicht ernst gemeint. Würde etwa ein kommunistischer Abgeordneter von faschistischen Raufbolden auf dem Wege zum Reichstag angefallenwerden, wäre sicher, dass die Kommunistische Partei über mangelnden Schutz gegen die Nationalsozialisten sich beschweren würde.

Reichsinnenminister Groener begründet die Vorlage zur Festsetzung der Täg für die Reichspräsidentschaftswahl ganz kurz. Am 13.März soll der erste Wahlgang, am 10.April der etwa notwendig werdende zweite Wahlgang sein. Der Minister verzichtet auf jede politische Würdigung.

Das aussergewöhnlich stark besetzte Haus geniesst als ersten Partei-Redne den Nationalsozialisten Dr. Goebbels. Von links her begrüsst man ihn mit Zurüfen wie "Ist der schon aufgenordet?" "Josef, der Zuchtwart!" Es ist nicht zu umgehen: man muss, um das wilde Auffliegen der Sitzung und die moralische Stäupung des Goebbels durch zehn Parteien des Reichstags zu begreifen, persönlich werden. Da steht am Rednerpult ein nervöser, ausgemergelter Schwächling. Verkrüppelt. Mit allen Zeichen rassiger Minderwertigkeit, ein Männlein, das zu keiner körperlichen Uebung fähig ist. Ein Bürschchen, das jede Marschkolonne durcheinander bringen würde. Eine Figur, die in Uniform aussehen muss, wie ein kostümierter Zirkusaffe. Man muss das sagen, denn dieses Männchen, das auc noch ein hundertprozentig Kriegsbeschädigter mit den Resten seiner Glieder in Stücke schlagen könnte, verliert plötzlich alle Besinnung und kreischt in den Saal, dass der Reichspräsident von Hindenburg Kandidat der Deserteure sei, die ihn lobten. Dabei zeigt der zappelnde Hysteriker auf die Fraktion der Sozialdemokratie.

Empört springen die Kriegsteilnehmer und die Kriegsverletzten auf. Nicht nur auf der Linken, auch in der Mitte des Hauses sind die Frontkämpfer über di Frechheit eines Menschen empört. der im Kriege noch die Schulbank drückte und körperlich niemals zum Waffendienst fähig gewesen wäre.

Der Präsident, unparteiisch bis zum äussersten wie stets, will immer wieder dem Goebbels Gehör verschaffen. Vergebens. Jeder Versuch, die Rede fortzusetzen, erstickt in dem lärmenden Einspruch von Hunderten. Endlich verlässt der Präsident seinen Stuhl. Die Sitzung ist unterbrochen, Goebbels geht leiche fahl und zitternd vor Aufregung in die Reihen seiner Freunde zurück. Frick-Pirmasens und einige andere Kriegsdrückeberger reden auf ihn ein. Es ist ihnen anscheinend doch etwas peinlich, dass ausgerechnet dieses Häufchen Unglück von Goebbels sich in die Schusslinie der Frontkämpfer begeben hat.

Sofort treten ehemalige Frontsoldaten und Kriegsverletzte aus den Parteie der Mitte und der Linken zusammen. Kriegsteilnehmer aus den Fraktionen von den Christlich-Sozialen bis hinüber zur Sozialdemokratie lassen nach Wiedereröffnung der Sitzung durch den Staatsparteiler Lemmer eine Erklärung abgeben. Sie weisen die Beschimpfung der Sozialdemokratie zurück. Jeder von ihnen habe Tausende Sozialdemokraten im Felde sterben sehen. Der Grossgrundbesitzer und Kriegslieferant a.D. Stubbendorf hält für nötig, bekanntzugeben, dass die Deutschnationale Volkspartei sich dieser Erklärung nicht anschliesse. Niemand wird daran zweifeln. Wenn es sich um Verleumdung der Marxisten und um Schändung der gefallenen Sozialdemokraten handelt, werden Deutschnationale und Nationalsozialisten immer in der gemeinsamen Dreckfront stehen.

Der Ältestenausschuss hat inzwischen beschlossen, Goebbels für diese Sit-

ung auszuweisen, weil seine Äusserung eine unerhörte Beleidigung des Staatsoberhauptes sei. Die Nationalsozialisten sind so betroffen, dass sieim ersten Augenblick nicht einmal brüllen. Gregor Strasser versucht, seinen Goebbels auszulegen. Nicht die Sozialdemokraten seien gemeint, die bis zuletzt ihre militärische Pflicht getan hätten! Nur diejenigen, die den Zusammenbruch hätten herbeiführen wollen. Wieder stürmischer Protest gegen diesen ehrlosen Anwurf. Sich zu verwundern ist bei diesem Strasser nicht angebracht. Von ihm stammt bekanntlich das Gebot, dass ein Nationalsozialist nach Bedarf sein Ehrenwort brechen dürfe. Was anders als politische Unehrenhaftigkeit kann man von einem solchen Menschengegen einen politischen Gegner nicht verlangen. Zwischendurch kommt der Kommunist Gräf, ein Kriegsbeschädigter, den Nationalsozialisten zu Hilfe. Er schreit, die Nationalsozialistenund die Sozialdemokraten seien dieselben Säuglinge des Kapitalismus.

Die Sozialdemokratische Fraktion lässt sich durch diese kommunistische Judasrede nicht beirren. Einer ihrer jungen Kriegsverletzten, Dr. Schumacher, einarmig, stellt fest, dass 70 vom Hundert der sozialdemokratischen Abgeordneten aktiv im Kriege gedient hätten. Von den Nationalsozialisten seien nur 77 Kriegsteilnehmer gewesen. Davon die Hälfte als Offiziere. Die ganze nationalsozialistische Bewegung, so ruft Schumacher aus, ist ein Appell an den inneren Schweinehund im Menschen. Er schliesst: "Tun Sie, was Sie wollen! An den Grad unserer Verachtung vor Ihnen werden Sie nicht heranreichen." Dann nennt Künstler in einer kurzen Geschäftsordnungsrede den Gregor Strasser einen Lügner. Der Präsident erteilt pflichtgemäss einen Ordnungsruf. Künstler aber führt den Beweis für die Verlogenheit des Strasser. Der Kerl hat im Ältestenausschuss behauptet, Künstler sei Vorsitzender des Vereins der Deserteure gewesen. Der verleumdete Sozialdemokrat stellt fest, dass er von 1917 bis zum Ende an der Westfront kämpfe. Das Haus begleitet diese Erklärungen mit Entrüstungsstürmen gegen die Nationalsozialisten. Der Abscheu gegen deren Versuch, das Parlament zu einer Städte für Banditentum herabzuwürdigen, ist allgemein.

Einer von den Nationalsozialisten sucht durch Pfeifen zu stören. Präsident Löbe fordert den, der sich wie ein Lausejunge betragen hat, auf, seinen Namen zu nennen. Keiner meldet sich. Deserteure sind sie wie immer, wenn sie gerade stehen sollen.

Es war ein stürmischer Parlamentstag. Seine Bedeutung liegt nicht in der Abstrafung des Goebbels, der doch nur beschränkt für seine Worte haftbar zu machen ist. Die Kampfstimmung, die aufloderte, gilt nicht der jammervollen Person des nationalsozialistischen Sprechers. Sie ist der entschlossene eiserne Wille, die Nationalsozialisten aufs Maul zu schlagen, wo sie es verdienen. Jeder Versuch, dies Gesindel erziehen zu wollen, muss scheitern. Was heute im Reichstag geschah, soll dem Volk zeigen: Die Eiserne Front lässt sich nichts gefallen. Weder im Parlament, noch draussen in Stadt und Dorf. An die Schandsäulen mit den ehrlosen Vergiftern unseres Volkslebens. Goebbels und Konsorten sind politischer Mob. Unsere Reichstagsfraktion hat dies dem Volk zum Bewusstsein gebracht. Das ist der bleibende Gewinn dieses bewegten Tages.

SPD. Amsterdam, 23.Februar (Eig.Dr.)

Der Vorstand der Transportarbeiterinternationale beschloss auf einer in Amsterdam abgehaltenen Tagung, zur Vermeidung der in Ostasien drohenden Kriegsgefahr sich direkt mit allen angeschlossenen Verbänden in Verbindung zu setzen und für den Fall einer weiteren Ausbreitung des Konfliktes in einer unmittelbar einzuberufenden neuen Vorstandssitzung die notwendigen Massnahmen gemäss den Beschlüssen der internationalen Kongresse von Oslo 1920, Genf 1921 und Wien 1922 zu treffen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die Dreckschleuder.

Der Führer der Kölner Hitlerjugend, ein Jüngling namens Kayser, hat in einer nationalsozialistischen Versammlung in Köln verkündet:

"Am 13.März muss Generalfeldmarschall von Hindenburg fallen, um einem Deutschen Platz zu machen."

Hitler, um den herum seine Freunde schieben, um ihm die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen, ist selbstverständlich ein Deutscher, Hindenburg aber ist keiner! Wir sind diese Kampfesweise von jeher gewöhnt. Alle Marxisten sind selbstverständlich keine Deutschen. Sie haben für die wahren Interessen des deutschen Volkes kein Gefühl, das besitzen nur Adolf Hitler aus Braunau und Herr Rosenberg aus Riga. Die republikanischen Staatsmänner der Linken sind viele Jahre lang in ähnlicher Form beschimpft worden - jetzt ist Hindenburg an der Reihe. Er ist auch kein Deutscher, auch er hat im deutschen Volke nichts zu suchen und Wilhelm III. - das ist Adolf Hitler - wird ihm demnächst befehlen den Staub Deutschlands von den Füssen zu schütteln.

Die Hetze ist alt, nur das Objekt ist neu. Am 13.März werden die Nationalsozialisten betrübt konstatieren, dass die Mehrheit des deutschen Volkes, die gegen sie entschieden haben wird, - nicht aus Deutschen besteht.

Der ritterliche Kampf.

Im Bundesorgan des Stahlhelm liest man vorne auf der ersten Seite in fettester Schlagzeile die feierliche Versicherung "Ritterlicher Kampf"! Da wird geschworen: "So wird der Kampf unausweichlich, doch in dem Augenblicke wollen wir uns und dem Manne, mit dem uns trotz allem unser Soldatentum vereint, geloben: es soll ein ritterliches Kämpfen werden."

Hinten auf der letzten Seite desselben Organs wird der Vorsitzende des Kyffhäuserbundes und seine Organisation schwer angegriffen, weil er sich für die Kandidatur Hindenburgs eingesetzt hat. Da wird also gekämpft - aber von ritterlich keine Spur! Den Kriegervereinen wird grob und deutlich versichert, dass sie von Politik keine Ahnung haben, dass es vielmehr ihre Aufgabe sei, an die politische Unfehlbarkeit der Stahlhelmführung zu glauben:

"Unsere Kameraden werden es sich höflich aber deutlich verbitten, politische Weisungen und Empfehlungen von dem Vorstand einer Organisation entgegenzunehmen, die dafür alles andere als kompetent ist. Am Ende beziehen wir unsere Parolen vielleicht noch vom Gesangverein "Halbe Lunge"."

Der Vergleich des Kyffhäuserbundes mit dem Gesangverein "Halbe Lunge" und der Wahlparole für Hindenburg mit einer Parole des Gesangvereins "Halbe Lunge", das ist die Ritterlichkeit, wie man sie beim Stahlhelm versteht!

Der Friedrichsblick.

Die Hohenzollernprinzen sind in ihrer Jugend samt und sonders auf den Friedrichsblick gedrillt worden. Der Friedrichsblick besteht darin, dass man die Augen weit aufreisst und dem anderen möglichst nahe und möglichst lange in die Augen starrt. Diese Mimik soll Souveränität, Ueberlegenheit und Scharfsinn ausdrücken. Man konnte diesen Blick an Wilhelm II. beobachten, noch besser an seinem ältesten Sohne, dem Exkronprinzen. An dem am allerbesten, denn die völlige Abwesenheit geistiger Regung gab dem Friedrichsblick bei ihm einen ganz unsagbaren und unbeschreiblichen Ausdruck.

Adolf Hitler hat sich nach diesen Vorbildern ebenfalls im Friedrichsblick geübt und er legt Wert darauf, dass die nationalsozialistische Presse seinen Herrscherblick gebührend rühmt. Er legt ferner Wert darauf, dass auch sonst seine Unterführer den Friedrichsblick annehmen. Also heisst es in der Dienstvorschrift für die SA. unter dem Kapitel "Melden, Ehrenbezeugung":

"Erscheint ein höherer SA-Führer während des Dienstes, so lässt der Sturmführer, sobald er ihn sieht, seinen Sturm stillstehen, richten und kommandiert dann je nach der Seite, von der der höhere Führer kommt: Augen rechts oder die Augen links. Alles sieht dem höheren Führer in die Augen, sodann geht der Sturmführer dem höheren Führer im Geschwindschritt entgegen, steht drei Schritte vor ihm still, erhebt den rechtenArm zum Gruss und meldet. Darauf lässt der höhere Führer, wenn er zunächst mit dem Sturmführer etwas besprechen will, rühren (Befehl an Sturmführer: lassen Sie rühren) oder er schreitet die Front ab. Er begibt sich an den rechten Flügel, wobei ihm die Blicke aller Männer folgen und geht von hier aus etwa 2 - 3 Schritte von ihr entfernt, jeden Mann scharf ansehend langsam die Front ab. Jeder Mann sieht ihm ebenso scharf ins Auge und folgt ihm mit dem Blick, bis der höhere Führer beim dritten Mann von ihm aus angelangt ist. Dann nimmt er von selbst mit kurzem Ruck den Kopf gerade aus."

Von unten bis oben üben sie auf Befehl den Friedrichsblick. Am intensivsten übt ihn Adolf selbst, der durch die Reichspräsidentenwahl endlich Wilhelm III. zu werden gedenkt!

Ein Bescheidener.

Im "Völkischen Beobachter" sucht ein Major a.D. Stellung. Er rühmt seine Mitgliedschaft bei der Nationalsozialistischen Partei, seine organisatorischen und verwaltungstechnischen Erfahrungen und wünscht dann Angebote für eine Stellung als Kur- oder Badedirektor. Das ist also einer, der nicht nach Borkum gekommen ist! Aber was ist das für ein bescheidener Mann. Major a.D. und will Kur- und Badedirektor werden, wo doch das Dritte Reich vor der Tür steht und Adolf selbstverständlich aufs freigiebigste seine Leute mit Futterkrippenstellen ausstatten wird! Sollte der Herr Major a.D. nicht so recht an das Bevorstehen des Dritten Reiches glauben, weil er Kur- und Badedirektor werden will, und nicht gleich General bei der Armee des Dritten Reiches, oder sollte er meinen, dass, wenn Adolf sich selbst mit der Gendarmerie begnügt, er sich auch nicht höher postieren dürfe als bis zum Badedirektor?

Repräsentanten der weissen Rasse.

Die Japaner sind uber die Chinesen hergefallen. In einer der grossten chinesischen Städte wird auf das Grausamste Krieg geführt. Gewaltige Opfer fallen die Chinesenstadt von Schanghai brennt.

In der Internationalen Konzession sitzen die Repräsentanten der weissen Rasse: Deutsche, Engländer, Amerikaner, Italiener, Franzosen. Was tun sie? Wie verhalten sie sich zu den Kriegsgreueln vor ihrer Haustür? Sie verhalten sich, als wäre Alltag. Man veranstaltet Fussball- und Polowettkämpfe, man hält am Sonntag nachmittag Bridgetourniere ab und abends wird überall getanzt.

Der Krieg stampft die Wohnhäuser in der Chinesenstadt zu Hunderten und zu tausenden in den Boden. Die Repräsentanten der weissen Rasse tanzen.

Aus aller Welt

8 800 Meter hoch!

Neues aus der Luftfahrt - Bericht der Substratosphärenflieger - Der Frühjahrs=flugplan der Lufthansa - Keine Flugzeugbrände mehr?

SPD. Im "Berliner Verein für Luftschiffahrt" schilderten die beiden Freiballon=Höhenfahrer Schütze und Zuckstorff ihren kürzlich von Bitterfeld aus erfolgten Aufstieg in die Substratosphäre. Die Flieger erzählten,wie man auf Grund der Ergebnisse eines kürzeren Probeaufstiegs sich errechnet habe,dass man mit dem Ballon "Brandenburg" eine Höhe von 8 500 Metern erreichen könne. Tatsächlich stieg der Ballon ohne Ballastabwurf im Laufe von drei Stunden 8 800 Meter hoch. Ein Zwischenfall brachte die Ballonfahrer vorübergehend in eine gefährliche Situation: das Draeger=Sauerstoffgerät wurde leicht beschädigt, sodass für kurze Zeit die Zuführung des Sauerstoffs aussetzte.Glücklicherweise war jedoch ein Ersatzgerät zur Hand. Der Abstieg erfolgte durch Oeffnen des Ventils und bereitete keinerlei Schwierigkeiten. Unter Kälte hatten die Flieger nicht zu leiden. Voraussichtlich werden Aufstiege dieser Art in die Substratosphäre demnächst noch öfters wiederholt werden. Die hierbei anzustellenden Forschungen über die Einflüsse der Luft= und Temperaturströmungen in derartigen Höhen auf den menschlichen Organismus sind von grosser Bedeutung.

+

Noch höher und vor allem schneller hinaus will der Berliner Ingenieur Winkler, der gemeinsam mit mehreren Technikern in diesen Wochen auf dem Gelände zwischen den ehemaligen Tegeler Schiessständen im Norden Berlins intensive Versuche anstellt, um das Problem der Weltraumschiffahrt seiner Lösung entgegenzuführen. Winkler hat bereits mehrere Jahre in dem Forschungsinstitut der Junkers=Werke in Dessau an dem Problem des Stratosphärenfluges gearbeitet, seine jetzige praktische Arbeit geschieht mit Unterstützung des Vereins für Raumschiffahrt; mit Hilfe einer chemischen Fabrik, die gratis das Versuchsmaterial liefert; mit Unterstützung eines Industriellen aus Prag, der monatlich 900 Mark stiftet. In seinen Anfängen ist der Motor zum Weltraumschiff bereits geschaffen; nun handelt es sich darum, ihn auf die richtige Weise "hochzuzüchten"=. Die bisherige Geschwindigkeit des Weltraumschiffmotors beträgt etwa 900 Kilometer in der Stunde. Schon jetzt könnte also mit einem derartigen Motor eine Sendung nach Amerika in 5 Stunden befördert werden. Als Betriebsstoff soll eine Mischung von flüssigem Metan (Kohlensauerstoff) und flüssigem Sauerstoff verwendet werden. Winkler denkt, dass das künftige Weltraumschiff in seiner Vollendung etwa so gross sein wird, wie das Flugboot "Do.X". Bisher wurden in 20 ooo Arbeitsstunden 100 ooo Mark ausgegeben. Wenn auch der Motor in seiner jetzigen Form bereits mit 90%iger Sicherheit arbeitet,so wird er vermutlich doch noch eine ganze Weile dauern,bis das erste fertige Weltraumschiff starten kann...

+

Die Deutsche Lufthansa wird mit dem am 1.März in Kraft tretenden Frühjahrs=Flugplan bescheidenere Ziele realisiert sehen. Von diesem Zeitpunkt an unterhält die Deutsche Lufthansa 18 Linien, die bei einer Tageshöchstleistung von etwa 14 ooo Kilometer Schnellverbindungen zwischen 23 deutschen und 13 ausländischen Wirtschaftszentren vermitteln. Die grösste Durchgangslinie Hamburg=Frankfurt=Stuttgart wird bis Zürich, die Linie Berlin=Hamburg bis Kopen=

hagen und Malmö verlängert werden. Nordwest= und Mitteldeutschland erhalten den üblichen Sommeranschluss nach Prag. Die Fluglinien von München nach Rom sollen zum Teil über Mailand und zum Teil über Venedig betrieben werden. Nach dem Orient soll der Post= und Frachtdienst dadurch beschleunigt werden, dass die Strecke Wien-Sofia zweimal in der Woche als Postfrachtlinie bis Athen (mit Anschluss nach Aegypten und Indien) durchgeführt wird. Von Berlin nach Athen kann man in 15 Stunden fliegen. Die Personenflugpreise sind auf vielen Strecken bezw. Streckenabschnitten herabgesetzt worden. Die Freigepäckgrenze ist ab 1.März nicht mehr 10, sondern 15 Kilogramm.

Englische und amerikanische Flugzeugwerke sind in eifrigem Wettstreit bemüht, ein neues "schnellstes Flugzeug der Welt" zu bauen. Die letzte Schnell flugzeugleistung vollbrachte der amerikanische Major Jh. Doolittle, der die Strecke von der amerikanischen West= nach der Ostküste (4 636 Kilometer) in 11 Stunden 16 Minuten zurücklegte. Doolittle hat mit seinem Rekord den Piloten Frank M. Hawks geschlagen, der uns Deutschen im vergangenen Sommer das Kunststück vormachte, von London aus zum Frühstück nach Berlin, zum Mittagesser nach Paris und zum Tee wieder nach London zu fliegen.

Doolittle benutzte bei seinem Flug einen einsitzigen Doppeldecker mit einem überkomprimierten Wasp=Motor von 600 PS. Der Motor übertrug seine Kraft durch ein Untersetzungsgetriebe auf den Propeller, was einen höheren Wirkungsgrad und grössere Schnelligkeit zur Folge hatte. Der Platz für den Piloten war so eng, dass der Flieger jedesmal Mühe hatte, sich in die Maschine zu zwängen. Dabei war gar kein Sitz vorhanden: Doolittle musste auf seinem zu einem Paket verschnürten Fallschirm Platz nehmen.

+

Für das gesamte Flugwesen sehr wichtige Feststellungen über Brände von Flugzeugen und Luftschiffen traf der bekannte deutsche Chemiker Dr. Arthur Eichengrün. Eichengrün untersuchte die Ursachen der letzten grossen Luftbrandkatastrophen und kam dabei zu dem Schluss, dass die Imprägnierung, bezw. der Anstrich die Hauptschuld an der Ausbreitung des Feuers und an der Vergrösserung eines bereits eingetretenen Schadens haben. Es ist dem Chemiker nach ungezählten Versuchen gelungen, durch eine Verbindung organischer und anorganischer, zum Teil sogar pulverförmiger Produkte, die feuerhemmend wirken, Acetatlacke herzustellen, die vollkommen wasserfest sind und nach einmaligem Aufstrich alle Gewebe völlig unbrennbar machen. Durch diese Entdeckung wird dem Techniker ein Mittel in die Hand gegeben, das die Sicherheit in vielen Fällen geradezu märchenhaft steigert. Das neue von Eichengrün hergestellte Cellongemisch kann weder durch Regen, noch durch Luftfeuchtigkeit oder Bodenfeuchtigkeit ausgewaschen werden. Diese Eigenschaft sichert ihm viele Anwendungsmöglichkeiten, die auch die Arbeiterschutzgesetzgebung nicht übersehen sollte.

In der Flugzeugindustrie und im Luftschiffbau stellen die immer grösser werdenden Geschwindigkeiten und die immer längeren Strecken, die zu überfliegen sind, an das moderne Flugzeug und Luftschiff besonders hohe Anforderungen. Das hat dazu geführt, dass seit einigen Jahren in steigendem Masse als Flugzeuganstrich der hochentzündbare Nitrozelluloselack benutzt wurde, da er eine stärkere Spannung und eine grössere Wetterfestigkeit als die Acetatzellulose besitzt. Aber Eichengrün hat festgestellt, dass auf die Verwendung dieses feuergefährlichen Lacks z.B. auch die Ausbreitung des Brandes des englischen Luftschiffes "R.101" zurückzuführen ist, und er erklärt weiterhin: wären die grossen Tragflächen des "Do X" mit Acetatlack gestrichen gewesen, so hätte nicht ein Funke aus dem erhitzten Auspuffrohr das ganze Flugzeug gefährden können. Der Chemiker vertritt die Meinung, dass die Stofflügel sehr wohl zunächst mit dem konstruktiv vorteilhaften, aber feuergefährlichen Nitrolack gespannt werden können, wenn sie dann mit Acetatlack überzogen und dadurch feuerfest gemacht werden. Die Veröffentlichung Eichengrüns haben in Luftfahrkreisen grosses Aufsehen erregt.

+ + +

Abgebranntes Dorf. Durch Feuersbrunst wurde die Gemeinde Litau (Böhmerwald, Tschechoslowakei) eingeäschert. Infolge Wassermangels war eine Bekämpfung des Feuers unmöglich. Die Einwohner konnten nur das nackte Leben retten.

+ + +

Verhaftete Postdefraudanten. In einem Wirtshaus bei Eichhorn-Bittischka (Tschechoslowakei) wurden die 40-jährige Postagentin Steubel und der Posthelfer Armüller aus München-Wasserburg, die nach Unterschlagung von 200 000 Mark nach Mähren geflüchtet waren, verhaftet. Die Defraudanten hatten noch 25 000 Kronen bei sich.

+ + +

Flieger im Eis. Die beiden englischen Flieger Hamilton und Coupland, die von London aus zu einem neuen Rekordflugversuch nach Australien aufgestiegen waren, mussten in Italien, in der Nähe von Bari, eine Notlandung vornehmen. Die Maschine erlitt Havarie. Während der Nacht wurden die Flieger vom Schnee völlig blockiert. Am Morgen entdeckten die Bewohner von Bari die verunglückten Piloten, die breits halb erfroren waren, und brachten sie ins Krankenhaus. Hamilton hatte auch leichtere Verletzungen erlitten.

+ + +

Gefangenentragödie. An der spanisch-französischen Grenzstation Céret wurde ein gewisser Jean Brabant verhaftet und - nach Guyana zurückgeschickt, von wo er geflüchtet war. Vor 30 Jahren war der jetzt 50-jährige Jean Brabant vom Gericht in Lille wegen eines Raubüberfalls auf Lebenszeit nach Guyana verbannt worden. Vor 25 Jahren gelang es ihm, von dort zu flüchten und in der Armee von Venezuela als Regimentsschneider unterzuschlüpfen. Jetzt hatte ihn das Heimweh gepackt...

+ + +

"Schöne Buchhalter!" Ein in der Stadt Odensee auf der Insel Fünen verstorbener Meister einer Genossenschaftsbäckerei hinterliess den Genossenschaftern des Unternehmens 500 000 Kronen in bar. In einem Begleitbrief hiess es: "Liebe Freunde! Diese halbe Million habe ich unterschlagen. Nicht zu meinem Vorteil, sondern nur um für unseren Betrieb ein Reservekapital zu sichern. Ich habe Euch bestohlen. Jedes Jahr habe ich 50 000 bis 100 000 Kronen beiseite gelegt. Niemand hat es gemerkt. Ihr seid mir schöne Buchhalter! Verpulvert aber das Geld nicht; denn es gehört der Genossenschaft. 25 000 Kronen aber gehören der Steuer, die ich ebenfalls betrogen habe."

+ + +

Sittlichkeitsverbrecher. Die Kölner Kriminalpolizei verhaftete einen 52-jährigen Mann namens Gerber, der beschuldigt wird, sich seit längeren Jahren an seiner Tochter, seiner jetzt 18-jährigen Stieftochter und an einer 19-jährigen Nichte vergangen zu haben. Gerbers Sohn, der nach zehnjährigem Dienst in der Fremdenlegion zurückgekehrt ist, erstattete eine entsprechende Anzeige.

+ + +

D-Zug gegen Autobus. In der Nähe von Lowicz (Polen) fuhr der D-Zug Warschau-Danzig bei einem Bahnübergang gegen einen Autobus. Der Wagen wurde zertrümmert. Drei Personen wurden getötet, zehn verletzt.

+ + +

Weizenschmuggler erschossen. Bei Kranenburg an der deutsch-niederländischen Grenze wurden ein junger Mann und seine 16-jährige Freundin bei dem Versuch überrascht, einen Sack Weizen nach Deutschland zu schmuggeln. Das Paar versuchte zu fliehen. Die Zollbeamten gaben mehrere Schüsse ab. Der junge Mann wurde getötet, seine Freundin verletzt.

Amerika und die Warenmärkte.

(Vorerst Auswirkung des englischen Zolles.)

SPD. Die nordamerikanische Notendeckungsreform, die eine Ausweitung des Kredits um rund 10 Milliarden Mark zulässt, ist nicht zuletzt dem Gedanken entsprungen, der Misere an den grossen Warenmärkten abzuhelfen. Man will Kredite in die amerikanische Wirtschaft hineinpumpen, vor allem in die amerikanischen Warenmärkte. Die tatsächlichen Wirkungen sind im Augenblick nicht zu beurteilen. Man darf den ganzen Vorgang aber nicht unterschätzen, schon aus dem Grunde nicht, weil die amerikanischen Notenbanken unvergleichlich geringer angespannt sind als die Reichsbank. Der Radius der nordamerikanischen Notenbanken reicht hinsichtlich der Stützung auf den grossen Warenmärkten viel weiter, als der der Reichsbank.

Von der ganzen Aktion in Nordamerika erwartet man eine Befestigung der Warenmärkte. Bis jetzt kann man Erfolge, die auf die Aktion der Regierung zurückzuführen sind, nicht feststellen. Sicherlich hat es Kurssteigerungen gegeben, aber mit beträchtlichen Unterschieden. Bezeichnend dafür war die Haltung der Baumwollmärkte. Hier kam der Auftrieb rasch und fast rückschlagslos zur Geltung, was wohl damit erklärt werden kann, dass die Vorbedingungen bei weitem günstiger waren als anderswo. Es ist ja bekannt, dass die Textilindustrie anscheinend vor einer Sonderkonjunktur steht wie im vorigen Jahr. Sachlich hat sich am Baumwollmarkt nichts geändert. Inwieweit die Verringerung der Anbaufläche vollzogen ist, kann man nicht gut erkennen. Die Erörterungen darüber halten sich in Grenzen, wahrscheinlich um die harmonische Stimmung an den Textilrohstoffmärkten nicht zu stören. Ohne Zweifel ist die Anbaufläche eingeschränkt worden. Andererseits sind die Weltbestände so gross, dass es Mühe macht, sie zu verdauen. Um hier zu normalen Verhältnissen zu kommen, ist es notwendig, dass die nächste Ernte aussergewöhnlich klein ausfällt oder der Bedarf ganz aussergewöhnlich rasch zunimmt. Die Hoffnungen richten sich auf die kleinere Ernte.

Auf den Metallmärkten laufen zwei Bestrebungen gegeneinander. Einmal sind es die amerikanischen Ankurbelungspläne, des anderen die Beängstigung über die englischen Zollabsichten. Nach dem, was man von den englischen Zollprojekten erfahren hat, wird England so ziemlich alle ausländischen Rohmetalle mit Zölle belegen, mit der, von englischer Seite aus gesehen, durchaus richtigen Begründung, dass im britischen Grossreich alle Metalle gefördert werden oder gefördert werden können. Wirtschaftlich sieht natürlich die Sache etwas anders aus; es kommt darauf an, wie billig, bezw. wie teuer diese Metalle im britisch Grossreich gefördert werden können. Immerhin hat die Welt mit britischen Metalzöllen zu rechnen. Die Ansteckung ist ja auch auf Deutschland übergesprungen. In England würde sich ein Metallzoll so auswirken, dass die Preise sinken, so weit nicht, wie etwa bei Zinn und Blei, über den Inlandsbedarf hinaus gefördert wird. Das ganze englische Zollprojekt muss also den Weltmarkt ungünstig beeinflussen. Immerhin zogen die Metallpreise allmählich an, sogar der Kupferpreis konnte sich befestigen, was das internationale Kupferkartell in die Lage versetzte, mit seinen Forderungen allmählich heraufzugehen.

Der Getreidemarkt, der von grosser Bedeutung für die amerikanischen Projekte ist, hat sich nicht wesentlich verändert. Ohne Zweifel hat Europa recht

grossen Bedarf an Ware. Er wagt sich aber noch nicht hervor. Die einzige Stütze des Marktes sind englische Voreindeckungen für alle Getreidearten, obgleich nach den bisherigen Plänen ab 1.März wesentliche Futtergetreidezölle in Kraft treten. Weizenzölle, die für die englische Lebenshaltung von Bedeutung sind, werden überhaupt nicht erörtert. Das Spiel der Spekulation erlaubt es jedoch, in den grossen Getreideländern die Notierungen heraufzusetzen. Aber man hat zu den gesteigerten Preisen allerdings keine grossen Mengen verkaufen können. Solange die englischen Voreindeckungen andauerten, haben die europäischen Länder es vorgezogen, nicht als Käufer aufzutreten. Die Schneearmut auf der ganzen nördlichen Erdhälfte beeinflusst natürlich den Markt auch stimmungsgemäss. Man rechnet mit verringerten Ernten und mit steigenden Preisen, obwohl bis jetzt grössere Schäden nirgendwo festgestellt worden sind. Viel kommt ja auch auf das Frühjahr an, wo sich entscheidet, ob die Ernte in grösserem Masse geschädigt wird oder nicht.

Die Kolonialwarenmärkte lagen durchaus ruhig. Am Zuckermarkt geht hinter den Kulissen ein Kampf um die Beschränkung der javanischen und der kubanischen Ernten. Allem Anschein nach muss man damit rechnen, dass das javanische Syndikat der Zuckerfabriken, eins der straffsten und stärksten der ganzen Welt, Gefahr läuft, auseinander zu brechen und zwar wollen wichtige Produzenten die Einschränkung, die mit Kuba und europäischen Zuckerländern vereinbart worden ist, nicht länger mitmachen.

Berliner Viehmarkt.

(23.Februar).

SPD. Der Kälber- und der Schweinemarkt brachte grössere Preissteigerungen, die darauf beruhten, dass der Markt nicht hinreichend beschickt war. Auf dem Kälbermarkt waren die Preissteigerungen grösser als auf dem Schweinemarkt. Auf dem Hammelmarkt gab es Preisabflachungen. Hier genügte das Angebot. Der Rindermarkt war genügend beschickt; die Preise gaben nach.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240 - 300 Pfd.) 43 - 44 (42), c) (200 - 240 Pfd.) 41 - 43 (40-41), d) (160 - 200 Pfd.) 38-41 (37-39), e) (120 - 160 Pfd.) 35 - 37 (33-36), Sauen 39 - 41 (38-39). Schafe: b) 34 - 36 (36 -38), c) 30 - 33 (32-35), d) 20 - 28 (23-30). Kälber: b) 37 - 44 (35-42), c) 28 - 38 (28-34), d) 18 - 26 (18-25). Kühe: 23 - 24 (24-27) b) 18 - 22 (19-23) c) 14 - 17 (15-19). d) 11 - 13 (12-14).

SPD. Die Sächsische Staatsbank hat für das Jahr 1931, entsprechend der Wirtschaftslage, mit Verlusten zu rechnen. Für die eingetretenen Verluste sind jedoch ausreichende Reserven und Rückstellungen vorhanden, sodass eine Zusammenlegung des Grundkapitals nicht in Frage kommt.

SPD. Der diesjährige Kölner Karneval brachte an Vergnügungsteuern nur 35 000 Mark gegen 75 000 Mark im Vorjahre und 328 000, bei allerdings höheren Steuersätzen, im Jahre 1928.

Juliweizen höher.

(Berliner Getreidebörse vom 23. Febr.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Dienstag die Stimmung wieder fester. Namentlich konnte Weizen am Markte der Zeitgeschäfte die Verluste vom Montag wieder ausgleichen. In prompter Ware war das Angebot nach den Preisrückgängen wieder fast völlig vom Markte verschwunden. Da die Mühlen gute Kauflust zeigten, wurden um etwa 2 Mark höhere Preise für effektiven Weizen bezahlt. Roggen zeigte keine wesentlichen Preisveränderungen im Zeithandel. Im Promptthandelt war das Angebot an Inlandsware äusserst klein, die Berliner Mühlen waren weiter gezwungen, ihren Bedarf in Russenroggen zu decken. Hierfür wurden um 1 Mark niedrigere Preise notiert. Im übrigen wurden am Markte der Zeitgeschäfte erstmalig Notierungen für Julilieferungen vorgenommen. Weizen gewann hierbei ein Aufgeld von 7 Mark gegenüber dem Mai, während für Roggen die Mai- und Julinotierungen gleich lauteten. Im Mehlgeschäft zeigte sich keinerlei Bewegung, nur der dringendste Bedarf wurde zu unveränderten Forderungen gedeckt. Hafer hatte gleichfalls wenig Umsatz, da die verlangten Forderungen dem Konsum zu hoch erschienen.

	22.Februar	23.Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	243 - 245	245 - 247
Roggen	195 - 197	194 - 196
Braugerste	163 - 170	166 - 172
Futter- und Industriegerste	156 - 162	157 - 163
Hafer	148 - 155	148 - 155
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	30,25-34,50	30,25-34,50
Roggenmehl	28,00-29,60	28,00-29,50
Weizenkleie	9,70-10,15	9,75-10,25
Roggenkleie	9,70-10,15	9,75-10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 257-260 (Vortag 256½), Mai 266-269 (265⅝), Juli 273-274 Geld. Roggen März 201-201½ (201½), Mai 210 (209 1/4), Juli 210-209. Hafer März 162½-163½ (161 3/4), Mai 170 bis 171 (169) Juli 177-177½.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin,den 23.Febr.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM	0,85 - 1,05
" Weizenstroh "		"	0,60 - 0,75
" Haferstroh "		"	0,65 - 0,80
" Gerstenstroh "		"	0,65 - 0,80
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt		"	0,90 - 1,10
Bindfadengepresstes Roggenstroh		"	0,85 - 0,95
" Weizenstroh		"	0,65 - 0,75
Häcksel	Tendenz fester	"	1,40 - 1,60
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		"	1,20 - 1,40
Gutes Heu, gesund und trocken		"	1,80 - 2,10
Luzerne, lose		"	2,40 - 2,70
Thymothee, lose		"	2,35 - 2,65
Kleeheu, lose		"	2,25 - 2,55
Mielitz-Heu, lose, rein		"	- - -
" " " (Warthe)		"	- - -
" " " (Havel)		"	- - -
Drahtgepresstes Heu	Tendenz festig	30 Pfg. über Notiz	

Gewerkschaftliche Rundschau

Deutschland eine Kaserne.

SPD. Im Braunen Haus werden schon jetzt die vorbereitenden Massnahmen getroffen, um nach der Uebernahme der Regierung durch Hitler die Durchführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurde bereits zu Beginn des neuen Jahres im Münchener Generalquartier der Nazis im Rahmen der Organisationsabteilung II eine besondere Abteilung eingerichtet, die der Leitung des bekannten Oberleutnant a.D. Schulz unterstellt ist.

Als Hauptpunkt der vorbereitenden Massnahmen, die dieses Organisationsbüro zu treffen hat, wird die Ausfindigmachung von Persönlichkeiten bezeichnet, die sich zu Führern und Unterführern für den Arbeitsdienst eignen. Diese Leute sucht man in erster Linie in der SS und in der SA. Ausdrücklich wird bestimmt, dass die für den Arbeitsdienst nötigen Führer der SS und der SA entnommen werden sollen. Auch wird der SS und SA in diesem Zusammenhang zur Pflicht gemacht, bei der Durchführung der Massnahmen weitgehend mitzuwirken. Diese Unterstützung ist dem Organisationsleiter vom Obersten SA-Führer ausdrücklich zugesagt worden. Auch gehen alle Orientierungen und alle Anordnungen über die Vorbereitungen den Dienstellen auf dem SA-Dienstwege zu. Um allen selbständigen Versuchen der mit der Propagierung des Gedankens der Arbeitsdienstpflicht beauftragten örtlichen Referenten vorzubeugen, wird diesen jede selbständige Anforderung und Anordnung und die Befolgung solcher Befehle verboten.

Grosser Wert wird auf die Schulung der künftigen Arbeitsdienstführer gelegt. Es wird empfohlen, schon jetzt, soweit das im Rahmen der jetzigen Gesetzgebung (im Freiwilligen Arbeitsdienst) möglich sei, praktische Versuche anzustellen. Auch auf die Verbreitung der Grundgedanken der Arbeitsdienstpflicht wird grosser Wert gelegt. Die Abkommandierung von unteren Führern sollen die Standartenführer verfügen, die der mittleren Führer auf Antrag der Oberste SA-Führer selbst.

Arbeitsdienstpflicht das ist ein Gedanke, den man keineswegs von vornherein in Bausch und Bogen zu verdammen braucht. In einem sozialen Volksstaat liesse sich aus ihr unter Umständen vielleicht auch ein Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes wie zur körperlichen und seelischen Förderung der Jugend machen, vorausgesetzt, dass sie finanziert werden könne. Was der Nationalsozialismus dagegen mit der Arbeitsdienstpflicht vor hat, ist nichts anderes als Wiedereinführung und Modernisierung der Soldatensklaverei, wie sie in Deutschland lange vor der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bestand. Jedenfalls steht das eine fest: die Faschisten wollen in der Arbeitsdienstpflicht kommandieren. Das Arbeiten überlassen sie gnädigst den Proleten. Kommandieren - das ist das ganze Programm der NSDAP. Die Herrschaften mit braunen Hosen und Blusen wollen Offizier und Unteroffizier spielen. Und ausgerechnet aus den Schlägerkolonnen der SA sollen die Führer des Arbeitsdienstes geholt werden.

Das eröffnet recht freundliche Perspektiven. Wenn erst diese SA-Schläger auf die Arbeiter im Arbeitsdienst losgelassen werden, dann wird das Prügeln kein Ende mehr sein. Hiebe - das ist der einzige pädagogische Grundsatz der "rauen Kämpfer" Hitlers. Der Schläger als Erzieher! Unter seinem Regiment soll sich die Erneuerung Deutschlands vollziehen. Arbeitsdienstpflicht unter faschistischer Führung, das wäre die vollendete Barbarei.

Die Hitler würden, wenn sie zum Zug kämen, allen Ernstes ganz Deutschland in eine einzige Kaserne verwandeln. Sie werden aber nicht zum Zug kommen.

Das deutsche Volk hat keine Lust, sich von Soldatenknarren zu Tode exerzieren zu lassen. Im Braunen Haus in München sollte man sich daher mit der Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht nicht so abhetzen. Die Übereifrigen schaden damit nur ihrer Gesundheit.

SPD. Vor dem Berliner Arbeitsgericht wurde dieser Tage ein beachtenswert Urteil gefällt. Eine Buchdruckerei hatte sich verpflichtet, einem früheren Werkmeister, der 41 Jahre bei ihr tätig war, einen Zuschuss zur Alterrente in Höhe von monatlich 20 Mark zu zahlen. Anfang des Jahres teilte die Firma ihm mit dass sie diese Zuwendung um 12,75 %, wie die Löhne und Gehälter der bei ihr beschäftigten Arbeiter auf Grund der Notverordnung kürze. Die nicht gezahlte Differenz wurde dem Kläger vom Gericht zugesprochen mit der Begründung, dass die Notverordnung nur eine Kürzung der tariflichen Löhne und Gehälter vorsehe, nicht aber eine Kürzung von Leistungen, die ganz ausserhalb jeden Tarifs im Wege freier Vereinbarung gewährt werden. Diese könnten nur durch gütliche Vereinbarung herabgesetzt werden.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat, wie wir von massgebender Stelle erfahren, den Antrag der Bauarbeiter auf Allgemeinverbindlicherklärung der neuen Lohnsätze abgelehnt. Dem Ministerium sind allem Anschein nach die Löhne immer noch zu hoch. Anders lässt sich die Ablehnung der Allgemeinverbindlicherklärung der von ihm selbst diktierten Löhne kaum erklären,

---

SPD. In der Textilindustrie des Rheinlandes sind Bestrebungen zur Abwanderung ins Ausland zu beobachten. Im Bezirk Krefeld hat, wie verlautet, ein Betrieb der Seidenindustrie bisher rund 50 Webstühle nach England verlegt.

SPD. Im Reichsrat stand am Dienstag die Verwaltungsvereinfachung der Arbeitslosenversicherung zur Beratung. Es handelt sich dabei um verschiedene Vereinfachungs- und Sparvorschläge der Reichsanstalt ohne grössere organisatorische Bedeutung.-

+

Wie wir hören, wird der Reichskanzler in Kürze selbst die Arbeitslosenreformfrage überprüfen. Das ist begreiflich; denn die Forderung nach Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung ist eine hochpolitische Angelegenheit, d.h. ein sehr heisses Eisen.

In Arbeitgeberkreisen scheint man neuerdings von den Goerdeler-Plänen wieder etwas abzurücken. Wie verlautet, besteht im Arbeitgeberlager nur noch wenig Neigung, von einer zentral aufgezogenen Arbeitslosenversicherung abzugehen und die Betreuung der Arbeitslosen ganz und gar in die Hand der Gemeinden zu gehen.

Deutscher Reichstag

57. Sitzung vom 23.Februar 1932.

SPD. Bei vollbesetzten Tribünen und gut besuchtem Sitzungssaal wird um 3 Uhr vom Reichstagspräsidenten Löbe die erste Sitzung nach der Winterpause eröffnet. Präsident Löbe widmet zunächst dem verstorbenen sozialdemokratischen Abg. Beims einen Nachruf, der von den Abgeordneten stehend angehört wird.

Am Regierungstisch sitzen neben dem Reichskanzler Dr. Brüning die Ministe Dietrich, Groener und Stegerwald.

Ohne Debatte wird ein Antrag auf Haftentlassung eines kommunistischen Abgeordneten angenommen. Ein anderer kommunistischer Antrag, der sich gegen den Polizeischutz des Reichstags richtet, wird abgelehnt.

Auf der Tagesordnung steht: "Beschlussfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten."

Reichsminister Dr. Groener:

Das Amt des Reichspräsidenten dauert nach der Reichsverfassung sieben Jahr Die Amtsperiode des amtierenden Herrn Reichspräsidenten begann mit dem 5.Mai 1925, an welchem Tage der Reichswahlausschuss den Herrn Reichspräsidenten für gewählt erklärt hat. Seine Amtsperiode geht also am 5.Mai d.J. zuende. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, die Neuwahl des Reichspräsidenten so zeitig vor zubereiten, dass am 5.Mai ein Reichspräsident -neugewählt- zur Uebernahme des Amtes vorhanden ist. Während der Wahltag für eine Reichstagswahl vom Reichspräsidenten bestimmt wird, wird der Wahltag für die Präsidentenwahl vom Reichs tag festgesetzt.

Nach dem Präsidentenwahlgesetz ist zum Reichspräsidenten gewählt, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten hat. Entscheidend ist also die absolute Stimmenmehrheit. Wird eine solche nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Bei diesem ist gewählt, wer die meisten gültigen Stimmen, wer also die relative Mehrheit erhalten hat.

Nach den Ausführungsbestimmungen zum Präsidentenwahlgesetz würde eine Beschlussfassung des Reichstags über einen zweiten Wahlgang erst erforderlich sein, wenn seine Notwendigkeit feststeht. Um ein für alle mal diese technische Frage zu erledigen, empfiehlt es sich, schon jetzt einen Eventuelbeschluss über den Tag des zweiten Wahlganges zu fassen. In gleicher Weise ist der Reich tag im Jahre 1925 verfahren,als nach dem unerwarteten Ableben des ersten Herrn Reichspräsidenten die Neuwahl in einem ersten Wahlgang vor Ostern und einem zweiten Wahlgang nach Ostern vorgenommen werden musste.

Der Wahltag muss nach dem Gesetz ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag sein. Praktisch kommt nur ein Sonntag in Betracht, Zur Vorbereitung der Wahl ist eine ausreichende Zeitspanne erforderlich. Zwischen erstem und zweitem Wahlgang muss weiter eine Frist von etwa 3 Wochen liegen. Zwischen einem zweiten Wahlgang und dem Amtsantritt des neugewählten Reichspräsidenten muss gleichfalls eine ausreichende Frist liegen, um das Wahlergebnis festzustellen und durch das Wahlprüfungsgericht prüfen zu lassen.

Ich brauche wohl nicht näher zu begründen, dass während der österlichen Zeit eine Wahl nicht stattfinden kann. So ergeben sich aus der Wahltechnik wie der Kalenderlage zwangsläufig Sonntag, der 13.März für den ersten Wahlgang und Sonntag, der 10.April für einen etwaigen zweiten Wahlgang. Es sind da nach dem Kalender die gleichen Sonntage vor und nach Ostern wie bei der Präsidentenwahl 1925.

Namens der Reichsregierung habe ich die Ehre, dem Hohen Hause zu empfehlen,meinem Vorschlage zuzustimmen. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, dass die Wahlvorbereitungen ungestört vor sich gehen können. Allen Versuchen,

Wahlversammlungen durch gewalttätiges Vorgehen zu verhindern und dadurch die in der Verfassung garantierte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, wird auf das Schärfste entgegengetreten werden.

Die Erklärung des Ministers wird ohne grössere Störungen angehört, nur am Schluss kommen von den Kommunisten und Nationalsozialisten Rufe, die sich gegen Rede- und Presseverbote wenden.

Als erster Redner aus dem Hause erhält

Abg. Dr. Goebbels (Nat.Soz.) das Wort. Er erklärt, die nationalsozialistische Bewegung habe diese Gelegenheit herbeigesehnt, um Abrechnung mit dem Kabinett Brüning und der von ihm vertretenen Politik zu halten. Der grosse Wendepunkt der jüngsten Geschichte sei der 14.September 1930. Reichskanzler Dr. Brüning habe das Wesen dieses geschichtlichen Ereignisses verfälscht, wenn er sagte, an der Machtverteilung habe sich dadurch nichts geändert: Die Entscheidung darüber, ob die Regierung ihre Macht an die Opposition abzugeben hat, steht im demokratisch-parlamentarischen Regime allein dem Volke zu. (Lachen links und Rufe: "Sie als Gralshüter der Demokratie!") Es ist nicht unsere Schuld, wenn der deutsche Kredit im Ausland ins Wanken gerät (lebh. Rufe links und in der Mitte: "Doch, Ihre Schuld!") Wir haben uns gegen den Dawesplan und die übrigen Tributpläne gewehrt. Gegen nationalsozialistische Abgeordnete hat man ganz ungerechtfertigte Redeverbote erlassen. Nationalsozialistische Anhänger seien in grosser Zahl ermordet worden, ohne dass die Täter ermittelt und bestraft wurden. (Hört! hört! rechts) Ungestraft wird zu Mord und Totschlag gegen die Nationalsozialisten gehetzt. Der Berliner Polizeipräsident hat es gewagt, von dem Führer der grössten deutschen Volksbewegung zu sagen, es sei nicht zu verstehen, warum Adolf Hitler noch nicht mit der Hundepeitsche aus Deutschland hinausgejagt worden sei. (Minutenlang anhaltende laute Entrüstungskundgebungen bei den Nat.Soz.) Dem Reichspräsident v. Hindenburg, dessen Passivität in sieben Jahren den Fortbestand des Systems ermöglich hat, wollte der Reichskanzler Dr. Brüning die Amtszeit mit unserer Hilfe verlängern. Wir sollten nun auf einmal gut genug sein, diesem System aus der Verlegenheit zu helfen. Das lehnen wir ab. Wenn Reichspräsident v. Hindenburg unsere Hilfe für seine Wiederwahl in Anspruch nehmen will, dann muss er sich gefallen lassen, dass wir die von ihm verantwortete Politik überprüfen. Wir haben vor sieben Jahren Hindenburg gewählt, weil er der Sache des nationalen Deutschland dienen wollte. Er hat das Gegenteil getan. (Unruhe, Rufe "Unerhört!" aus der Deutschen Volksparte.) Er hat sich einseitig auf die Seite der Mitte und der Linken gestellt. (Lebh. Rufe b.d.D.Vo.: "Das ist ganz unerhört!") Für seine Wahl wirbt jetzt die Berliner Asphaltpresse und die Partei der Deserteure.

Diese Worte, die der Redner mit einer Handbewegung zu den Sozialdemokraten begleitet, rufen stürmische Lärmszenen hervor. Die Nationalsozialisten klatschen minutenlang Beifall und rufen Heil. Von den Sozialdemokraten kommen stürmische Protestrufe: "Dieser Kriegsdrückeberger will Kriegsteilnehmer beschimpfen!"

Präsident Löbe fragt den Redner, ob er tatsächlich die Sozialdemokratische Partei, in der sich viele Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzte befinden, als Partei der Deserteure bezeichnen wolle.

Abg. Dr. Goebbels antwortete darauf nicht und lehnt dann - während der laute Streit zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten sich fortsetzt - die Zurücknahme seiner Bemerkung ab. Darauf erteilt ihm Präsident Löbe einen Ordnungsruf. Als Dr. Göbbels dann seine Rede fortsetzt, kommen immer wieder von Sozialdemokraten laute Rufe: "Wir Kriegsteilnehmer lassen uns von diesem Heimkrieger nicht beschimpfen!"

Präsident Löbe ruft wegen solcher Zurufe die sozialdemokratischen Abgg. Mierendorff, Künstler und Dr. Leber zur Ordnung. Er fügt hinzu, die Beleidi-

gang "Deserteure" sei durch einen Ordnungsruf gerügt worden, jetzt müsse Dr. Goebbels seine Rede fortsetzen können. Von mehreren Sozialdemokraten wird darauf gerufen: "Erst muss er die Beschimpfung zurücknehmen!" Als die erregten Zurufe nicht aufhören, unterbricht Präsident Löbe die Sitzung auf eine halbe Stunde.

In der neuen Sitzung erklärt Präsident Löbe, die Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzten der Sozialdemokratischen Partei hätten einen Ordnungsruf nicht als ausreichende Sühne für die Beschimpfung "Partei der Deserteure" betrachtet. Im Ältestenrat habe sich diese Angelegenheit nicht klärenlassen. Dort habe man aber aus dem Stenogramm der Rede festgestellt, dass Abg. Dr. Goebbels gesagt habe mit Beziehung auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg: "Es gibt unter uns Nationalsozialisten ein Wort:"Sage mir, wer dich lobt, und ich werde dir sagen, wer du bist." Hindenburg wird gelobt von der Berliner Asphaltpresse, gelobt von der Partei der Deserteure." In dieser Wendung, so fährt der Präsident fort, erblickt der Ältestenrat eine so schwere Beleidigung des deutschen Staatsoberhauptes, dass darin eine gröbliche Verletzung der Ordnung des Hauses liegt, die die Folge hat, dass Abg. Dr. Goebbels aus der Sitzung ausgeschlossen wird.

Die Ausschliessung Dr. Goebbels wird von den Nationalsozialisten mit Protestrufen, von der Mitte und der Linken mit Beifall aufgenommen. Goebbels verlässt den Saal.

Präsident Löbe: Für die Kriegsteilnehmer verschiedener Parteien erhält das Wort der Abg. Lemmer.

Abg. Lemmer (Staatspt.) kann sich zunächst schwer verständlich machen. Er gibt folgende Erklärung ab:

Der Abgeordnete Goebbels hat die Sozialdemokraten die Partei der Deserteure genannt. Diese Beleidigung, die auch zahlreiche Mitglieder dieses Hauses beschimpft, die den Weltkrieg mitgemacht und zum Teil ihre Gesundheit geopfert haben, hat bei allen Kriegsteilnehmern dieses Hauses die grösste Entrüstung ausgelöst. Wir weisen die infame Beleidigung des Abg. Goebbels aufs schärfste zurück. Wir tun das umso nachdrücklicher, als der Abg. Goebbels und ein grosser Teil seiner Fraktionskollegen den Weltkrieg nicht mitgemacht haben. Die Kriegsteilnehmer dieses Hauses, die miterlebt haben, wie tausende Sozialdemokraten im Felde starben, sind im Andenken an ihre gefallenen Kameraden empört über diese freche Beleidigung des Abg. Goebbels, die skrupellos das heroische Kriegsopfer der Nation schändet, das von Deutschen aller Parteien auf dem Altar des Vaterlandes gebracht worden ist. (Starker Beifall b.d.Mehrheit.)

Abg. Stubbendorff (Dnat.) erklärt, er habe in dem Lärm nicht klar verstehen können, was Herr Lemmer eigentlich vertrete. Er nehme deshalb Veranlassung, zu betonen, dass dessen Erklärung für die Kriegsteilnehmer der deutschnationalen Fraktion nicht abgegeben sei.

Abg. Gräf (Komm) erklärt, die Kriegsopfer würden gemeinsam mit dem Proletariat ihre Sache gegen die kapitalistische Kriegspolitik der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten zu verteidigen wissen.

Abg. Strasser (Nat.Soz.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit, die man gegen den Abg. Goebbels angewendet habe.

Abg. Dr. Schumacher (Soz.):

Es hat keinen Zweck, einen formalen Protest gegen diese ungeheuerlichen Beschimpfungen vorzubringen,denn sie sind nur ein Teil des ganzen Systems der NS. Wir wenden uns dagegen,auf diesen Standpunkt moralischer und intellektueller Verlumpung hinabzusteigen. (Lärm rechts). Das Deutsche Volk muss von dieser Verseuchung wieder gesunden. In der Marxistischen deutschen Arbeiterbewegung war das Kampfmittel der persönlichen Verleumdung immer ausgeschlossen. Eine Auseinandersetzung mit Ihnen (nach rechts) ist schon darum nicht möglich,

weil wir in den NS nicht das gleiche Niveau achten können. (Stürmische Zustimmung links) Das ist kein Gegner, mit dem wir die Klinge kreuzen können. Ausserdem lehnen wir es gerade bei dieser Gelegenheit grundsätzlich ab, die durch Opfer an Gut und Blut erhärtete nationale Politik der deutschen Sozialdemokratie zu rechtfertigen. (Stürmische Zustimmung der Soz.- Lärm rechts und bei den Komm.) Die NS wissen davon natürlich nichts, denn die meisten von ihnen beschäftigen sich ja erst 2 oder 3 Jahre mit Politik. Sie bringen auch keinerlei Voraussetzungen mit, um ein Urteil über uns abgeben zu können. Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen! (Stürmischer Beifall links und in der Mitte) Wenn wir irgend etwas bei den NS anerkennen, dann dies, dass ihnen zum ersten Mal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der Dummheit gelungen ist. (Wiederholter lebhafter Beifall.- Wutgeschrei der NS) Obwohl ich bereits im Dezember 1914 schwer verwundet wurde, haben Führer der württembergischen NS systematisch verbreitet ich hätte mich selbst verstümmelt. Eine Anzahl dieser Leute ist deswegen bereits verurteilt, drei davon sind SA-Leute, einer ist Sturmführer, und diese Untermenschen (Gebrüll der NS) wagen es, andere der Selbstverstümmelung zu bezichtigen, die soeben der hessische NS-Führer Buttler begangen hat, ebenso wie ein anderer hessischer NS-Führer vom Reichsgericht wegen Landesverrat zugunsten Frankreichs zu 5 Jahren verurteilt worden ist. (Lärm und schrille Pfiffe der NS.) Der einzige Kommunismus, den die NS anerkennen, ist der, dass sie fremdes geistiges Eigentum entwenden. (Sehr gut! links) Goebbels hat hier einen Leitartikel reden wollen, aber er ist doch nur ein kleines Feuilleton. (Grosse Heiterkeit links und in der Mitte - Lärm und Pfiffe der NS.) Eine ganze Reihe der NS.-Führer hatte sich vom Krieg gedrückt, wie Frick, Frank II. u.a.m. Von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion waren im Kriege 70 % aktiv (Dauerlärm und Pfeifen der NS. Auf die Protestrufe einiger NS erwidert der Redner:) Eine Anzahl von Ihnen ist im Jahre 1918 eingezogen worden, ohne noch ins Feld zu kommen. (Neuer Lärm der NS.) Sie können tun und lassen, was Sie wollen, an den Grad unserer Verachtung werden Sie nie herankommen. (Stürmischer Beifall der Soz. und in der Mitte, Lärm und Pfeifen der NS.)

Abg. Künstler (Soz.): Wie ich höre, hat Abg. Strasser im Aeltestenrat behauptet, ich sei der Führer der deutschen Deserteure gewesen. Damit hat Strasser gelogen. (Ordnungsruf). Ich stelle fest, dass ich von 1916 - 1918 meiner Militärpflicht genügt habe und von 1917 bis zum Tage des Waffenstillstandes an der Westfront vor Arras gestanden habe. Grossen Wert lege ich allerdings auf die Feststellung, dass ich immer für den Frieden unter den Völkern gekämpft habe und das auch in Zukunft tun werde. (Stürmischer Beifall der Soz.- Lärm, Pfiffe und Zuruf: Jetzt haben wir es! bei den NS.)

Präsident Löbe: fordert die Pfeifer auf, sich zu melden, was aber nicht geschieht.- Damit ist die Debatte zu Ende, und als nächster Redner zur Tagesordnung erhält das Wort

Abg. Ulbricht (Komm.) :

Er erklärt, das Deutsche Proletariat werde weder Hindenburg, noch die Kandidaten des Faschismus wählen. Der kommunistische Kandidat Thälmann vertrete den Kapitalisten und Imperialisten gegenüber das werktätige Volk.

Abg. Baltrusch (Volksnat. Reichsopp.) erklärt, dass seine Gruppe nach wie vor treu zu Hindenburg stehe. Die Nationalsozialisten haben seinerzeit nicht Herrn v. Hindenburg geholt, sondern sie haben sich seinerzeit gegen ihn erklärt als wir vom Jungdeutschen Orden ihn in der entscheidenden Sitzung auf den Schild erhoben. Andere Teile der nationalen Opposition haben sich vom Nazitum und eigenen Machtkitzel bestimmen lassen, jetzt Herrn v. Hindenburg die Treue zu brechen. Wir aber stehen zu ihm, weil wir in ihm den besten Garanten für die Sicherung der nationalen und christlichen Ordnung in Deutschland sehen. Wir wissen, wie sinnlos die Lüge ist, dass der Reichspräsident unter dem Ein-

fluss seines Sohnes und des Staatsekretärs Dr.Meissner sich politisch gewan= delt habe. Wir wissen,dass er sich treu geblieben ist, wir kennen ihn als ei= nen Mann von sozialer Gesinnung. Dann spricht der Redner gegen Lohnsenkung. Er wird von den NS. höhnisch unterbrochen,antwortet ihnen aber gehörig.

Um 19 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr.